



Russland: Studie über das politische System

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Juni 2017

Zusammenfassung

Der für die Analyse der russischen Innenpolitik beim Carnegie Moscow Center zuständige Andrej Kolesnikow veröffentlichte am 18. Mai 2017 eine Studie über das russische politische Regime. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2018 werden zwei einander widersprechende Erwartungen festgestellt: apathische Trägheit und Wunsch nach Veränderungen. Putin ist eine Marke, synonym mit den Begriffen „Russland“ und „Beitritt der Krim“. Das Regime in Russland hat sich vom Staatssozialismus zum Staatskapitalismus gewandelt. An die Stelle der Ideologie des Marxismus-Leninismus trat die eklektische Ideologie der erholten Großmacht. Putin ist mit Russland verheiratet. Wer gegen Putin auftritt, tritt gegen Russland auf. Eine Analyse der vielen personellen Veränderungen auf Gouverneursebene in letzter Zeit ergab, dass sich Putin weniger auf seine Freunde-Cronies verlässt, sondern eher auf die zu ihm distanzierenden Technokraten aus den Geheimdiensten. Michail Chodorkowskij plädierte dafür, dass Putin gegen Ende seiner neuen Amtszeit den Übergang zu einer präsidentenparlamentarischen Regierungsform vollzieht, in der die Opposition dann auch Zugang zur Macht erhält.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Machteinschätzungen

Am 18. Mai 2017 veröffentlichte der für die Analyse der russischen Innenpolitik beim Carnegie Moscow Center zuständige *Andrej Kolesnikow* mit Blick auf die Präsidentenwahl 2018 eine 25-seitige Studie über das russische politische Regime.¹ Unter Einschluss der nicht formellen, aber faktischen Präsidentschaft Putins von 2008-2012, als er als Regierungschef den damaligen formellen Präsidenten Dmitrij Medwedew lenkte, sind bezüglich der fünften Präsidentschaft von 2018 bis 2024 die einander widersprechenden Erwartungen apathischer Trägheit und dem Wunsch nach Veränderungen festzustellen.

Auf der einen Seite steht die politische Konstruktion, die autoritär, personalistisch oder sonst wie genannt wird. Es bleiben die gleichen kleinen und auch große Kaderveränderungen, widersprüchliche Hinweise und Signale, die vom Kreml ausgehen, vom Alten Platz (Präsidialadministration), von Krasnopresenskaja nabereschnaja (Internationales Handelszentrum), Ohotnoj Rjad (Luxuseinkaufszentrum), die im Großen und Ganzen nichts ändern. Auf der anderen Seite gibt es die Änderungen im politischen Zyklus, der durch die Präsidentschaftswahl und die weniger wichtige Staatsdumawahl (2021) gekennzeichnet ist, welche die Frage provoziert: Wird es Änderungen geben, und wenn ja welche?

Wenn die Macht – die erste Person und eine Reihe von „nahen Kreisen“, die bis zu einem bestimmten Grad den vertikalisierten Entscheidungsprozess beeinflussen – sich auf einem Berggipfel stehend sieht und alles als fast perfekt betrachtet, hat sie nichts zu befürchten und nichts im strategischen Sinne zu planen. Wenn die Macht sich sorgt, wie sie diese in den nächsten Jahren bewahren kann, dann kann es sein, dass sie sich um des Überlebens willen plötzlich entschließt, das eine oder andere am System zu ändern. Erst dann würde sie anfangen, Reformen größeren und mittleren Ausmaßes zu planen.

Zurzeit wird eine Situation der Unsicherheit konstatiert. Die Macht war durch die Wirtschaftskrise und die Verschlechterung des sozialen Wohlbefindens der Russen, nicht so erschrocken, Reformen zu beginnen, die notwendigerweise „schmerzhaft“ und „unpopulär“ wären. Es reichten populäre Repressionen und die permanenten Propaganda-Tsunamis, um die Gesellschaft im Zustand der apathischen Unterstützung dessen zu halten, was die politische Führung des Landes macht. Wenn jedoch die alarmierenden Experten etwas vorschlugen, das die Grundlagen des Systems nicht berührt, können einige Mängel korrigiert werden, nicht nur in der Wirtschaft, sondern z.B. auch in der staatlichen Verwaltung.

Putin ist eine Marke

Putin ist eine Marke, kein Mensch, vielmehr synonym mit den Begriffen „Russland“ und „Beitritt der Krim“. Das Regime in Russland hat sich vom Staatssozialismus zu Staatskapitalismus gewandelt, verlor dabei nicht den Akzent „staatlich“. Dabei geht es um die Kommerzialisierung der sowjetischen Macht, wobei an die Stelle des Marxismus-Leninismus die eklektische Ideologie der erholten Großmacht trat. Im Hinblick auf die damals bevorstehende Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew und die damit zusammenhängende formale Rückstufung Putins zum Premier war Putin im Jahr 2007 vom damaligen Vorsitzenden der Staatsduma, Boris Gyslow,

¹ http://carnegieendowment.org/files/CP_Kolesnikov2017_web_Rus_final.pdf



als erster Person der nicht verfassungsgemäße Titel „nationaler Führer“ verliehen worden. Das Establishment und ein erheblicher Teil der Bevölkerung sieht in Putin den Zaren oder genauer den Generalsekretär.

Die Macht ist in Russland in hohem Maße sakralisiert. Die Popularität des seit 18 Jahren (Mitrechnung des Amtes des Premiers, das Putin 1999 für einige Monate innehatte) amtierenden Wladimir Putin sollte folglich mit den Begriffen der politischen Theologie beschrieben werden, mit der mittelalterlichen Lehre von den „zwei Körpern des Königs“. Das erklärt am besten das Phänomen der ersten Person in der russischen staatlichen Hierarchie. Demnach hat der König zwei Körper, einen physischen und einen politischen. Die zweite Hypostase verkörpert die politische Macht. In der politischen Theologie des Mittelalters war der König mit dem Staat vereint wie mit einer Gattin, deshalb wurde formuliert „Putin ist mit Russland verheiratet“. Entsprechend dieser Gleichung „Putin, das ist Russland, Russland, das ist Putin“ tritt derjenige, der gegen Putin auftritt, gegen Russland auf. Das ist mittelalterlich, sowohl der Form als auch dem Inhalt nach.

Wenn 80 % der Bevölkerung Russlands die Tätigkeit des Präsidenten billigen, bedeutet das, dass Russland mit dem politischen Körper des Königs identisch ist. Laut Gleb Pawlowskij, der bis 2011 Putins Haupt-Polittechnologe war, aber dann in Ungnade fiel, weil er öffentlich eine zweite Amtszeit für Präsident Dmitrij Medwedew gefordert hatte, hat Putin im politischen Systems Russlands tiefe und vielseitige Spuren hinterlassen, und dieser Zustand wird Russland vererbt werden. Putin wurde für viele Menschen zum Maßstab höchster Macht, er ist die Personifizierung des Monopols Staat.

Träge Stabilität

Als Putin im Jahr 2000 Präsident wurde, hofften die Liberalen auf eine autoritäre Modernisierung und arbeiten für ihn entsprechende Pläne aus, aber nichts geschah. Inzwischen hat sich die autoritäre Modernisierung zur eklektischen Ideologie des russischen Neoimperialismus und Staatskapitalismus weiterentwickelt, die zum Symbol des sozialen Konsensus wurde. Deren Quelle ist nicht die leidenschaftliche Unterstützung dieser Idee und die Tätigkeit des Staatsoberhauptes, sondern eher Gleichgültigkeit.

Wenn die politische Führung nichts radikal verändert, macht in dieser Zeit ein Teil der Bürger die Forderung nach Veränderung geltend. Das ist der Versuch, das Gleichgewicht zu stören. Die politische Führung ist am Erhalt des Gleichgewichts interessiert, unterdrückt den Protest, fälscht Wahlen, schneidet unangenehme Kräfte von beliebigen Prozessen ab, nur um den Status quo zu wahren. Die Mehrheit der Bürger – aus Angst, ihre Situation zu verschlechtern – zieht es vor, in diesem Gleichgewicht zu sein, auch wenn es ein schlechter Zustand ist. So verhalten sich das Business und das politische Establishment, niemand will seine Position verlieren, wenn er übermäßige Initiative zeigt. Alles bleibt ohne Veränderung, das „schlechte Gleichgewicht“ ist gesichert und damit die soziale Basis des Regimes. Wenn in dieser Situation die soziale Basis sehr schwach ist, kann sie bei einer Änderung des politischen Windes blitzschnell verschwinden.

Vergleiche der gegenwärtigen politischen Situation mit den letzten beiden Jahrzehnten der Sowjetmacht sind nicht immer korrekt, aber diese historischen Perioden verbindet die Situation des „schlechten Gleichgewichts“. Aber der Schlüsselmotor bei all dem ist die Gleichgültigkeit, das Misstrauen der Bürger gegenüber dem Staat und des Staates gegenüber den Bürgern. Die soziale Basis für die Unterstützung des Regimes und seines Führers ist vage, unbestimmt, instabil, mobil.

Es ist verständlich, warum die Macht das Mantra über die Einheit der Nation und ihre Konsolidierung um unbestimmte Rekrutierungen patriotischer Werte endlos wiederholt. Wenn die Leute meinen, dass sie vereint



und konsolidiert sind, auch in Situationen, in denen sie mit der Qualität der Verwaltung im Lande unzufrieden sind, bleibt die träge Stabilität. Das ist die Begründung für die Macht, keine Massenrepressionen bezüglich der Unzufriedenen anzuwenden, aber punktuell begrenzte Repressionen und massive Propaganda mit episodenhaften Initiativen einer „Liberalisierung“, wie z.B. die Ernennung von Sergej Kirijenko.²

Die allgemeine Stimmung der Führung des Landes ist, nichts zu verändern und die mehr oder weniger träge Entwicklung fortzusetzen. In diesem Fall ist die Angst vor Veränderungen stärker als die Angst vor den möglichen Folgen von Stagnation. In einer solchen Situation sind Systemreformen, vor allem die Transformation oder der Wiederaufbau von Institution unmöglich, es sei denn, eine technokratische Spitze stimmt einigen technokratischen Verbesserungen zu, z.B. im Bereich der Förderung neuer Technologien und der Einführung neuer Managementpraktiken. Wenn sich aber das gesamte regulatorische Umfeld nicht ändert, wenn die Ansätze und Werte nicht aktualisiert werden, arbeiten die neuen Institutionen und Regeln nicht, die das Leben der normalen Menschen leichter machen sollen, aber nicht Beamten oder Vertretern des Establishments. Die neuen Institutionen als neue Spitze werden wahrscheinlich schlechter funktionieren als jene, die sie ersetzen. Das alles befördert nicht den Wunsch der Macht, etwas zu ändern.

Kolesnikow analysierte die umfangreichen personellen Veränderungen im Gouverneurskorps, über die in „Russland intern aktuell“ regelmäßig berichtet wurde, und kommt zu folgendem Ergebnis:

1. Der Präsident verlässt sich weniger auf seine Freunde-Cronies, sondern mehr auf die zu ihm distanzieren Technokraten aus den Geheimdiensten. Das sind die heutigen Vertreter des Staatsoberhauptes bezüglich Managementeffizienz und Verringerung der Korruption. Der Präsident bildet sein Team 2018, testet die Effektivität der neu Ernannten; einige von ihnen können Kandidaten für den Posten des Premierministers sein.
2. Wechsel von den „Kapitalismus-Freunden“ zu den „Kapitalismus-Wächtern“: Mit all der Korruption und dem Nepotismus stieß das bestehende politische Regime 2017 auf das direkte Management-, Wirtschafts- und PR-Interesse Putins, das Niveau des demonstrativen Reichtums und die überhöhte Korruption zu senken, zumindest um die Menschen vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise nicht zu reizen und nicht den Präsidenten zu diskreditieren. Das Vorgehen gegen Korruption in letzter Zeit (Verhaftungen, Hausarrest usw.) senden die Botschaft aus: Niemand, vom Gouverneur bis zum Minister, kann sich sicher fühlen, alle müssen das wissen.
3. Mit dem Namen Kudrin ist die Hoffnung auf Artikulierung und Realisierung eines Reformprogramms verbunden. Von Putin hängt die Auswahl der konkreten Maßnahmen aus dem breiten Angebot der vorgeschlagenen Lösungen ab. Das Problem besteht darin, dass erstens der Präsident selbst die Reformen als genuine und rationale annimmt und nicht als solche, welche die politischen Grundlagen des Systems berühren, andernfalls werden sie nicht realisiert werden. Und zweitens muss die Umsetzung der Strategie komplex erfolgen. Das nicht reformierte System der staatlichen Verwaltung ist in der Lage, alle Initiativen zu stoppen. In diesem Sinne ist die Reform der staatlichen Verwaltung gleichzeitig Ziel und Instrument der Modernisierung.

² Der 55jährige Sergej Kirijenko war im Oktober 2016 von Präsident Wladimir Putin zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentschaftsadministration mit der Zuständigkeit für die russische Innenpolitik ernannt worden.

Auf einer Konferenz in der litauischen Hauptstadt Vilnius am 21. Mai plädierte Michail Chodorkowskij dafür, dass Putin gegen Ende seiner neuen Amtszeit 2024 den Übergang zu einer präsidential-parlamentarischen Regierungsform vollzieht, in der die Opposition dann auch Zugang zur Macht erhält.³ Auf diese Weise könnte Putin seinen Einfluss auf die Situation im Lande wahren und auch seine Immunität. Die Opposition gehe davon aus, dass sich die pragmatischen Interessen des Landes und des Präsidenten decken. Chodorkowskij stellte drei Varianten vor: 1. Putin kandidiert zur Präsidentenwahl, tritt 2024 oder früher zurück. 2. Putin kandidiert nicht, benennt aber einen Nachfolger. 3. Putin bleibt lebenslänglich an der Macht. Die zweite Variante sei für das Land optimal, die dritte würde mit einem Umsturz enden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Juni 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 97 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

³ http://www.ng.ru/politics/2017-05-22/1_6992_hodor.html